

Einladung an Alle zur Beteiligung

an einer »Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit«

Die bestehenden Finanzierungssysteme bringen den sozialen Sicherungssystemen, dem Bund, den Ländern und Gemeinden nicht mehr die Einnahmen, die sie benötigen, damit sie ihre Aufgaben angemessen erfüllen können. Sparen und neue Staatsschulden können zwar kurzfristig helfen, um Finanzlöcher provisorisch zu stopfen. Doch die Aufgaben können nicht mehr so gut wie früher erfüllt werden.

Auch die vom Kanzler am 14.3. 2003 vorgestellte „Agenda 2010“ zeigt wieder, die Regierung ist in der Defensive. Sie versucht - ebenso wie auch die heutige parlamentarische Opposition - bei der Finanzierung der Sozialsysteme zu sparen, weil sie keinen anderen Weg kennt, um die Finanzierung des Staatshaushaltes und der Sozialsysteme auf eine solide Basis zu stellen. Das zeigt, **die Hoffnung, dass Rot-Grün mehr als die vorherige Regierung hilft, Arbeit zu schaffen und den Sozialabbau zu stoppen, war trügerisch.**

Ist es jetzt nicht notwendig, dass alle arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten, alle heute oder später auf eine Alterssicherung angewiesenen und alle von einem gut funktionierenden Gesundheitswesen abhängigen Bürger/innen selbst aktiv werden? **Ist es jetzt, wenn die Politiker aller Couleur nur defensive Konzepte realisieren wollen, nicht die höchste Zeit, dass wir selbst offensiv werden für den Erhalt des „inneren Friedens“?**

Wir alle sollten uns jetzt gemeinsam stark machen für Arbeit und soziale Sicherung. Die Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit ruft deshalb alle betroffenen Bürger/innen zu einem großen gemeinsamen Projekt auf:

Beteiligt Euch! – Werdet offensiv!

Beteiligt euch aktiv an der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“!

Auch unter der Kohl-Regierung wurde der Einkommensabstand zwischen Gering-, bzw. Normalverdienenden und „Besserverdienenden“ immer größer, die sozialen Sicherungssysteme wurden ausgehöhlt, im Gesundheitswesen wurde Leistung und Qualität schlechter, die Sicherheit der Renten war in Gefahr, die Arbeitslosigkeit nahm zu.

Wer wurde als Schuldiger genannt? Die Globalisierung!

Vor der Bundestagswahl von 1998 versprachen Rot-Grün diese von den Konservativ-Liberalen zugelassene Tendenz umzudrehen. Doch weder die Tendenzwende insgesamt, noch die Verringerung der Arbeitslosen gelang.

Bei der Bundestagswahl im September 2002 gab die Mehrheit der Wähler Rot-Grün trotzdem noch einmal eine Chance, denn viele von ihnen hatten die Untätigkeit und Unfähigkeit der von Kohl geführten konservativ-liberalen Regierung, die globalisierungsverursachten Probleme zu lösen, noch gut in Erinnerung. Auch hinsichtlich des drohenden Irak-Krieges vertraute die Wählermehrheit eher der Regierung als der Opposition.

Doch **Terrorismus und Kriege** werden unvermeidlich, wenn das Armutsgefälle zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern nicht abgebaut wird durch den Aufbau einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung. Außerdem zwingt das Armutsgefälle bei weltweitem Wettbewerb die Unternehmen, die Kosten zu senken, damit sie am Weltmarkt bestehen. **Der Preisdruck ist die Ursache für den Sozialabbau und die steigende Arbeitslosenzahl bei uns.** Wird die Globalisierung weiter „neoliberal“ gesteuert, dann zwingt sie uns zur Anpassung an die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Entwicklungsländern. Bleibt uns keine andere Möglichkeit?

Der Zustand der Weltwirtschaft ist mit einer schiefen Ebene zu vergleichen. Wie das Wasser eines Flusses durch das Gefälle von oben nach unten fließt, so führt die entfesselte Kraft des Wettbewerbs dazu, dass sich die hoch entwickelten Industrienationen an die Bedingungen der menschenrechtlich, sozial und ökologisch niedrig entwickelten, aber durch große Investitionssummen, die hohe Gewinne versprechen, industriell aufgerüsteten Entwicklungsstaaten anpassen, wenn keine „Dämme“ und „Schleusen“ in das Weltwirtschaftssystem eingebaut werden, die das verhindern. Die Schutzdämme, die seit dem Ende des 19. Jh. vor allem in Westeuropa errichtet werden konnten – zuerst durch die Gewerkschaften und die Politik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien (dazu gehört - richtig besehen - auch die christlich-soziale/demokratische Union), später (die Ökologie betreffend) auch durch die „Grünen“ Parteien –, sind nun bedroht. Wie können wir sie sichern?

Wie ist diese Sicherung der Schutzvorrichtungen, die den entstehenden „Raubtierkapitalismus“ einhegen, realisierbar? D. h., wie ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft zu erhalten und an der Würde des Menschen orientiert weiterzuentwickeln? Und wie können „Schleusen“, die ein Anheben des Lebensstandards in den „Entwicklungs- und Schwellenländern“ ermöglichen könnten, „in den abwärtsreißen Strom der Globalisierung“ einrichtet werden?

Die „Offensive“ hat seit Mitte des letzten Jahres – bisher leider vergeblich - versucht, die rot-grüne Regierung zu fördern. Sie hat ihr grundlegende Reformvorschläge unterbreitet, die im dem Text: „Plädoyer für einen Paradigmenwechsel – Ein neues, zeitgemäßes und sozial gerechteres Steuer- und Sozialabgabensystem ist eine Notwendende Grundlage für Arbeit, soziale Sicherheit und den inneren Frieden“ genauer skizziert werden.

Die Offensive schlägt Maßnahmen vor, die übergangsweise mindestens **zwei Probleme** – die beide durch den neoliberal gesteuerten Globalisierungsprozess entstehen - **nachhaltig lösen.** Einerseits lösen sie das Problem des Erhalts der sozialen Sicherungssysteme auf einem hohen Niveau und andererseits das Problem des Erhaltes von angemessenen Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden.

Drei wichtige Maßnahmen sind:

1. Wir brauchen ein völlig neues Steuer- und Abgabensystem.

Anstelle der heute üblichen einkommens- und gewinnbezogenen Steuer- und Sozialabgaben **benötigen wir eine ausschließlich verbrauchsberechnete Steuer- und Sozialabgabe**, weil dann die sogenannten „Lohnnebenkosten“ ganz entfallen. Auch zahlen dann nicht mehr nur die immer weniger werdenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Abgaben in die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungskassen, sondern jeder Verbraucher. D.h., steigt der Umsatz eines Unternehmens, so fließt mehr in die Steuer- und Sozialabgabekassen.

2. Verbesserung des sozialen Sicherungssystems und Abbau der Diffamierung dieser Systeme!

Aufgrund einer mehrwertsteuerähnlichen Sozialversicherungsabgabe ist es möglich, das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu erhöhen. Ihre Inanspruchnahme kann erleichtert werden. Eine breite Aufklärung über die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit, macht die Diffamierungen von Arbeitslosen sinnlos. Die Renten könnten weiterhin entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst werden und dem Gesundheitswesen könnten entsprechend seiner wachsenden Aufgaben, genügend finanzielle Mittel zufließen.

3. Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen!

Auf der Grundlage eines verbesserten sozialen Sicherungssystems, können die Kündigungsregeln so überarbeitet werden, dass die Unternehmen flexibel, gemäß der Auftragslage reagieren können. Mitarbeiter könnten dann kurzfristig eingestellt oder entlassen werden, ohne dass die Entlassenen ins soziale Elend stürzen oder als Faulenzer diffamiert werden. Diese Flexibilität erhöht die Chancen der Unternehmen, im Konkurrenzkampf - der durch die neoliberale Globalisierung immer härter wird - besser zu überleben und Arbeitsplätze zu erhalten.

Maßnahmen, die eine **Senkung der Lohnnebenkosten** und etwas mehr **Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen** ermöglichen, werden schon lange von den Unternehmerverbänden, den Liberalen und der Christlichen Union gefordert – **allerdings auf Kosten der Menschen, die von den sozialen Sicherungssystemen abhängen und auf Kosten der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden.**

Die hier von der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ skizzierten Maßnahmen ermöglichen **ein völliges Verschwinden der Lohnnebenkosten, der Einkommens- und Gewinnbesteuerung** und eine weitgehende **Flexibilisierung der Unternehmensentscheidungen, bei gleichzeitigem Erhalt der sozialen Sicherungssysteme und der Steuereinnahmen**, die den staatlichen Aufgaben und Verantwortungen angemessenen sind.

Wenn die Kosten für das Gesundheitssystem, die Renten und die Arbeitsloseneinkommen durch eine ausschließlich verbrauchsberechnete Steuer- und Sozialabgabe finanziert wird, könnten **z. B. im Gesundheitssystem** massenweise neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer hat noch nicht von den überlasteten Krankenhausärzten und überforderten Pflegepersonal gehört?

Außerdem könnten in vielen anderen Branchen Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen mehr Geld für den Konsum zur Verfügung hätten. Je mehr Geld diese Einkommensschichten für den Konsum zur Verfügung hätten, desto stärker könnte die Nachfrage ansteigen. **Eine erhöhte Binnennachfrage hätte eine deutliche Produktionssteigerung zur Folge.** Mehr Menschen können dann eingestellt werden. Die Arbeitslosenquote würde sinken und die Steuereinnahmen sich deutlich erhöhen. Die heute hochverschuldeten Gemeinden könnten dann mehr Aufträge an Handwerksbetriebe geben und diese schneller bezahlen. So müssten auch die Handwerksbetriebe mehr Mitarbeiter einstellen, um die erhöhte Auftragslage bewältigen zu können.

Das zeigt: auch das heutige Geld- und Bankensystem und die heutige Einkommensgebung funktionieren noch nicht optimal. Eine der Funktionserfüllung des Wirtschaftssystems angemessene Erneuerung des Geld- und Bankensystems kann heute jedoch nur noch auf EU-Ebene in Angriff genommen werden. Auch deshalb - also nicht allein wegen einer wirklich demokratischen Legitimation der neuen EU-Verfassung - sollten die Bürger/innen sich beim EU-Verfassungsgebungsprozess durch Verfassungsgesetzesinitiativen und einer EU-weiten Volksabstimmung beteiligen können. Dann könnten sie selbst, ein solches Verfassungsrecht beschließen, dass ein demokratisches Geld- und Bankensystem und eine demokratische und **sozial gerechtere Einkommensgebung** ermöglicht, so dass Beides zu einer wesensgemäßen Erfüllung der Funktion des Wirtschaftssystems beitragen kann.

Warum geht die Regierungskoalition nicht mit den von der „Offensive“ vorgeschlagenen Lösungen in die Verhandlungen mit der konservativ-liberalen Mehrheit im Bundesrat? Warum gehen die Gewerkschaften nicht mit diesen Lösungsvorschlägen in Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden und an den „Runden Tisch“ im „Bündnis für Arbeit“?

Sie werden es tun, wenn sich genügend viele Menschen an der „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ beteiligen. Beteiligt Euch! Ihr könnt diesen **Aufruf vielfältigen und verteilen, die Informationsschriften**, in denen der hier skizzierte Weg ausführlicher beschrieben wird, **zum lesen anfordern** und die beschriebenen Überlegungen gründlich **bedenken**. Auf der Grundlage der so gewonnenen Erkenntnisse lassen sich dann - von einem eigenen starken Willen getragen - vielfältige, **gemeinsame Aktionen** planen und erfolgreich durchführen.

Ein Info-Blatt über mögliche und schon in Planung befindliche Aktionen kann angefordert werden.

Wer das Info-Blatt (gegen Portokosten) möchte oder sich anders beteiligen will, wende sich an folgende Adresse:

„**Offensive**“, Panoramastr. 30 , 88147 Achberg; **E-Mail:** Herbert.Schliffka@gmx.de; **Konto:** IG EuroVision e.V., Volksbank Allgäu-West, BLZ 65092010, Konto-Nr.: 2929 023; Bitte Stichwort angeben: **Spende für „Offensive“**